



Regionalverband Südlicher Oberrhein
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Öffentliche Bekanntmachung

gemäß § 11 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (ROG) i. d. F. vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Art. 124 der Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I S. 1474) in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Landesplanungsgesetz (LplG) i. d. F. vom 10.07.2003 (GBl. S. 385), zuletzt geändert durch Art. 31 der Verordnung vom 23.02.2017 (GBl. S. 99, 103) sowie in Verbindung mit der Übergangsvorschrift gemäß § 27 ROG i. d. F. vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 15 des Gesetzes vom 20.07.2017 (BGBl. I S. 2808):

Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg hat durch Bescheid vom 19.12.2018 (Az. 5-2424.-31/34) gemäß § 13 Abs. 1 LplG die am 25.01.2018 von der Verbandsversammlung als Satzung beschlossene **Teilfortschreibung des Regionalplans Südlicher Oberrhein, Kapitel 4.2.1 Windenergie mit Ergänzung der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege im Regionsteil Schwarzwald (Kapitel 3.2), genehmigt.**

Die Erteilung der Genehmigung wird hiermit bekannt gemacht.

Durch die öffentliche Bekanntmachung der Erteilung der Genehmigung wird die o. g. Teilfortschreibung des Regionalplans Südlicher Oberrhein verbindlich, soweit die Genehmigung keine Ausnahmen von der Verbindlichkeit enthält. Die Verbandsversammlung ist der Genehmigung am 13.12.2018 im Rahmen eines Vorratsbeschlusses beigetreten.

Die o. g. Teilfortschreibung des Regionalplans Südlicher Oberrhein mit Begründung (einschließlich zusammenfassender Erklärung und Überwachungsmaßnahmen nach § 11 Abs. 3 ROG), die Satzung nach § 12 Abs. 10 LplG, die Genehmigung der Teilfortschreibung durch das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg sowie der (vorsorgende) Beitrittsbeschluss der Verbandsversammlung vom 13.12.2018 liegen ab heute beim Regierungspräsidium Freiburg (Bissierstr. 7, 79114 Freiburg) und beim Regionalverband Südlicher Oberrhein (Reichsgrafenstr. 19, 79102 Freiburg) zur kostenlosen Einsichtnahme für jedermann während der Sprechzeiten öffentlich aus.

Für die Rechtswirksamkeit der o. g. Teilfortschreibung des Regionalplans Südlicher Oberrhein ist eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Raumordnungsgesetzes und inhaltsgleichen Vorschriften des Landesplanungsgesetzes nach § 12 Abs. 1 ROG nur beachtlich, wenn

1. die Vorschriften des § 10 Abs. 1 und 2 ROG über die Beteiligung verletzt worden sind; dabei ist unbeachtlich, wenn einzelne Personen oder öffentliche Stellen nicht beteiligt worden sind oder eine grenzüberschreitende Beteiligung fehlerhaft erfolgte, die entsprechenden Belange jedoch unerheblich waren oder in der Entscheidung berücksichtigt worden sind;
2. die Vorschriften des § 7 Abs. 5 ROG und des § 10 Abs. 1 ROG über die Begründung des Regionalplans sowie seiner Entwürfe verletzt worden sind; dabei ist unbeachtlich, wenn die Begründung unvollständig ist;
3. der mit der Bekanntmachung (§ 11 ROG) verfolgte Hinweiszweck nicht erreicht wurde.

Für die Rechtswirksamkeit der o. g. Teilfortschreibung des Regionalplans Südlicher Oberrhein ist nach § 12

Abs. 2 ROG auch unbeachtlich, wenn § 8 Abs. 2 Satz 1 ROG hinsichtlich des Entwickelns des Regionalplans aus dem Landesentwicklungsplan verletzt worden ist, ohne dass hierbei die sich aus dem Landesentwicklungsplan ergebende geordnete räumliche Entwicklung beeinträchtigt worden ist.

Für die Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG ist die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der Beschlussfassung über die o. g. Teilfortschreibung des Regionalplans Südlicher Oberrhein maßgebend. Mängel im Abwägungsvorgang sind nur erheblich, wenn sie offensichtlich und auf das Abwägungsergebnis von Einfluss gewesen sind (§ 12 Abs. 3 ROG).

Nach § 12 Abs. 4 Nr. 1 ROG besteht ein für die Rechtmäßigkeit der o. g. Teilfortschreibung des Regionalplans Südlicher Oberrhein beachtlicher Mangel des nach § 10 Abs. 1 ROG bei der Beteiligung beizufügenden Umweltberichts (§ 9 Abs. 1 ROG), wenn dieser in wesentlichen Punkten unvollständig ist und diese Punkte nicht Bestandteil der zusammenfassenden Erklärung nach § 11 Abs. 3 ROG sind.

Für die Rechtswirksamkeit der o. g. Teilfortschreibung des Regionalplans Südlicher Oberrhein ist es ferner gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 LplG unerheblich, wenn die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Landesplanungsgesetzes, die die Verfahrens- und Formvorschriften des Raumordnungsgesetzes ergänzen, ohne Einfluss auf das Abwägungsergebnis gewesen ist. Dies gilt nicht, wenn eine Vorschrift über den Beschluss oder die Bekanntmachung der Teilfortschreibung verletzt worden ist (§ 5 Abs. 1 Satz 2 LplG).

Nach § 12 Abs. 5 ROG werden

1. eine nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 und 2 ROG beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
 2. eine unter Berücksichtigung von § 12 Abs. 2 ROG beachtliche Verletzung des § 8 Abs. 2 Satz 1 ROG,
 3. nach § 12 Abs. 3 ROG beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
 4. eine nach § 12 Abs. 4 ROG beachtliche Verletzung der Vorschriften über die Umweltprüfung
- unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der o. g. Teilfortschreibung des Regionalplans Südlicher Oberrhein gegenüber dem Regionalverband Südlicher Oberrhein, dem Regierungspräsidium Freiburg oder gegenüber dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Schlossplatz 4, 70173 Stuttgart) unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Nach § 5 Abs. 3 LplG wird eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Landesplanungsgesetzes, die nicht nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 LplG unerheblich oder nach § 5 Abs. 2 LplG heilbar ist, unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber dem Regionalverband Südlicher Oberrhein, dem Regierungspräsidium Freiburg oder gegenüber dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, geltend gemacht werden.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die o. g. Teilfortschreibung des Regionalplans Südlicher Oberrhein kann beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung Klage erhoben werden.

Freiburg, den 21.12.2018
Fabian Torns, Stellv. Verbandsdirektor